# Redebeitrag der Kommunalen Behindertenbeauftragten Christina Reiß bei der Demonstration „Kein Schritt nach rechts“ am 15. Februar 2025

## Was ein Rechtsruck für Menschen mit Behinderungen bedeutet

Menschen mit Behinderungen sind noch immer weit weg von einer vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Das liegt auch daran, dass es oft keine bauliche Barrierefreiheit gibt.

Das liegt aber auch daran, dass in Schule und Arbeit und beim Wohnen immer noch stark getrennt wird zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen.

Nur 4 % der Behinderungen sind angeboren. Die meisten Menschen haben eine Behinderung, weil sie einen Unfall hatten oder eine Erkrankung haben. Und weil sie alt geworden sind und nicht mehr so gut sehen, hören und gehen können.

„Bist Du behindert oder was“ oder „Du Spast“ sind leider immer noch völlig übliche Beschimpfungen.

## Die NS-Zeit

Während der NS-Diktatur sind ca 300.000 Menschen mit Behinderungen, darunter auch psychisch Kranke, ermordet worden. 5.000 davon waren Kinder. 400.000 Menschen sind zwangssterilisiert worden, um „erbkranken Nachwuchs“ zu verhindern.

Die Ermordung der Menschen mit Behinderungen wurde von den Nazis „Euthanasie“ genannt. Das bedeutet „schöner Tod“. Zynischer geht es kaum.

Schon vor 85 Jahren, am 18. Januar 1940, begann in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderungen. Das war der Auftakt und Testlauf für die Tötungsmaschinerie der Nazis. Viele Menschen wissen das gar nicht.

Immerhin hat Ende Januar der Deutsche Bundestag mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP beschlossen, die „Euthanasie“ und Zwangssterilisationen während der NS-Diktatur intensiver aufzuarbeiten. Endlich sollen die Betroffenen auch als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt werden.

## Was hat das alles mit heute zu tun?

Rechte Kreise haben seit In-Kraft-Treten der UN-Behindertenrechtskonvention versucht, Inklusion zu blockieren. Im schulischen Bereich ist das am deutlichsten. Das Leistungsprinzip wird über alles andere gestellt. Der Wert und die Rechte eines Menschen kommen zu kurz.

Jetzt versuchen die Rechten, das Rad bei der Inklusion wieder zurückzudrehen.

Es gibt vorgeburtliche Tests, mit denen Behinderungen festgestellt werden können. Das führt dazu, dass Eltern gefragt werden, ob „so etwas“ heute denn noch sein müsse.

Politiker sagen, das Bundesteilhabegesetz sei schuld daran, dass die Kommunen kein Geld mehr haben. Was so übrigens nicht stimmt.

Die CDU will ein Verzeichnis psychisch kranker Gewalttäter\*innen anlegen.

Ein Herr Trump faselt davon, dass an einem Flugzeugunglück das Diversitätsprogramm schuld sei, ganz ausdrücklich werden Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischen Erkrankungen als Schuldige an diesem Unglück genannt. Eine infame Lüge.

So wird immer weiter an der Spaltung unserer Gesellschaft gearbeitet und Inklusion in seinem eigentlichen Sinn, nämlich dass ALLE Menschen teilhaben können, verhindert.

Was Menschen mit Behinderungen in Heidelberg zur NS-Zeit erleiden mussten, wird Ende des Jahres in einem inklusiven Theaterstück zu sehen sein, das derzeit das Theater der Stadt und ich erarbeiten. Und am kommenden Mittwoch um 19 Uhr stellt Diana Kail in der Volkshochschule ihr Buch über den Heidelberger Erbgesundheitsgerichtshof vor.

## Appell

Setzen wir uns alle dafür ein, dass so etwas nicht wieder möglich wird. Nicht hier in Heidelberg, nicht in Deutschland. Bei der Bundestagswahl haben wir die Möglichkeit, entsprechend zu wählen. Tun wir das!